

91 W-38

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, 30. Jänner 1914. Vormittags.

Bürgermeister Dr. Welskirchner leidet an einer Verkühlung und starker Heiserkeit und muß sich durch einige Tage schonen.

91. 39

91.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
24. Jahrg. Wien, Freitag, 30. Jänner 1914.

Besichtigung von Armenräten. Vizebürgermeister Hierhammer nahm heute in Vertretung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner im Festsaal des Rathhauses die Besichtigung von zirka 1000 neuernannten Armenräten der Bezirke Innere Stadt, Landstraße, Margareten, Mariahilf, Alsergrund, Ottakring, Döbling und Floridsdorf vor. Vizebürgermeister Hierhammer verwies in seiner Ansprache auf die große Bedeutung und Verantwortung des Amtes eines Armenrates welcher berufen sei, einen namhaften Teil des Gemeindevermögens mitverwalten zu helfen. Nach der Verlesung der Eidesformel durch den Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek war die Feier zu Ende.

Die Dezentralisierung der Berliner Stadtverwaltung. Das Mitglied des Berliner Stadtverordnetenkollegiums Stadtrat Prof. Dr. Preuss weilte gegenwärtig in Wien um die Organisation sowie die Geschäftseinteilung der Bezirksämter und deren Verhältnis zur städt. Zentralverwaltung kennen zu lernen. Die Kenntnis dieser Einrichtungen ist für die Berliner Gemeindeverwaltung gegenwärtig von besonderem Interesse, da auch in Berlin an eine Dezentralisierung der Verwaltung gedacht wird. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Auftrag gegeben, den Delegierten der Stadt Berlin genauestens zu informieren und ihm alle gewünschten Aufklärungen zu geben.

Wohnungsfürsorge-Ausschuß. Der Gemeinderatsausschuß für städt. Wohnungsfürsorge hielt gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Obmannes Gemeinderat Dr. Stich eine Sitzung ab, der auch die Experten mit beratender Stimme beigezogen waren. Zur Beratung gelangte zunächst ein Magistratsbericht über die Anregung eines Vertreters der Mieterschaft, Redakteur Müller, auf Gewährung von Begünstigungen an jene Hauseigentümer, welche kinderreiche Familien als Mieter aufnehmen. Der Magistratsreferent Dr. Sagmeister beantragte nach Darlegung des Sachverhaltes und der diesbezüglich anderweitig unternommenen Versuche, es wäre neben der Förderung in eigenen Wirkungskreise, so bei Vergebung in Baurecht anzustreben, daß bei Bemessung der Personaleinkommensteuer eine Erhöhung des Abnutzungsprozentes für jene Häuser gewährt werde, in welchen kinderreiche Familien wohnen. In der Debatte sprachen Hofrat Maresch und Generalsekretär Dr. Pribram von der Zentralstelle für Wohnungsreform, dann Gemeinderat Karl Moritz Mayer und Direktor Gerhold für die Hausbesitzerschaft, Redakteur Müller für die Mieterschaft, Baumeister Zwerina für die Baumeistergenossenschaft, Oberbaurat Dr. Kapaun namens des Ingenieur- und Architektenvereines, Frau Helene Granitsch und Gemeinderat Angermayer. Sämtliche Redner billigten die Grundlagen des Beschlusses, regten also mehrfach eine

Erweiterung der zu gewährenden Begünstigung an. Die Beschlußfassung wurde vertagt, um die in der Debatte gestellten Erweiterungsanträge zu überprüfen. Hierauf gelangte ein Antrag wegen gesetzlicher Regelung des Verfahrens in Streitigkeiten über die Besichtigung gekündigter Wohnungen zur Beratung. Nach kurzer Debatte, an welcher sich Direktor Gerhold, Oberbaurat Dr. Kapaun und Hofrat Maresch beteiligten, wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen und der Zusatzantrag Dr. Kapauns auf Regelung des Mietwesens im allgemeinen dem Magistrat zur Berichterstattung überwiesen. Sodann wurde eine Reihe von Vorlagen wegen Vergebung städtischer Gründe im 15., 16. und 18. Bezirk in Baurecht, und zwar für ein großes Genossenschaftshaus mit 44 Kleinwohnungen, bei deren Vergebung kinderreiche Familien in erster Linie zu berücksichtigen sind, sowie für eine Anzahl von Kleinhäusern beraten und angenommen.

Die Kleinwohnungsbauten auf der Freihausrealität. In der Stadtrats-Sitzung vom 27. d.M. berichtete Stadtrat Regierungsrat Schmid über die Vergebung der Arbeiten für die Kleinwohnungsbauten auf der Freihausrealität im 4. Bezirk, welche im Einvernehmen mit der gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbaue erfolgt. Bekanntlich gelangen in den zwei Geschossen des Unterbaues Lagerräume für Marktzwecke und Werkstätten, sowie Geschäftslöke zur Errichtung, während der Oberbau von Kleinwohnungen eingenommen wird. Der gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbaue wurde zu diesem Behufe ein Baurecht eingeräumt. Die Kosten des Unterbaues trägt die Gemeinde Wien, jene des Oberbaues die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbaue. Der Stadtratsreferent beantragte die Vergebung der Arbeiten für den Unterbau an die Allgemeine Österreichische Baugesellschaft als Bestbieterin um die Pauschalsumme von 426.973 K unter der Voraussetzung, daß die Arbeiten für den Oberbau durch die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbaue an die gleiche Unternehmung zur Uebertragung gelangen. An die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbaue wäre im Falle, als sie die Arbeit für den Oberbau gleichfalls an die Allgemeine Österreichische Baugesellschaft um die Pauschalsumme von 677.641 K überträgt, eine Zuzahlung von 22.472 K zur teilweisen Deckung der Mehrkosten zu leisten, welche für die gemeinnützige Aktiengesellschaft aus der Uebertragung der Arbeiten an die Bestbieterin der Gemeinde Wien erwachsen. Der letzterwähnte Betrag stellt jene Summe dar, um welche sich die Baukosten für die Gemeinde erhöhen würden, wenn keine einheitliche Vergebung zustande käme. Die in den erwähnten Pauschalsummen bereits inbegriffenen Installationen der Gas-, Wasser- und Abortanlagen werden durch die Firma Hans Hablé, jene der elektrischen Anlagen durch die Firma Moeßen ausgeführt. Der Beratung dieser Anträge waren Stadtbauinspektor Goldmund und der Magistratsreferent für städt. Wohnungsfürsorge Magistratssekretär Dr. Sagmeister

als Experten zugezogen. Der Stadtrat genehmigte nach durchgeführter Debatte, an welcher sich die Stadträte Knoll, Satza, Schneider und Grünbeck beteiligten, die Anträge des Referenten. Die Baugründe sollen bereits mit 31. Jänner d.J. im Sinne des allgemeinen Freisbaubau-Programmes zur Uebergabe gelangen. Die Vollendung der Lagerräume-, Werkstätten- und Kleinwohnungsbauten hat bedingungslos mit Novembertermin 1914 zu erfolgen.

Hoher Besuch im Deutschmeister-Schützen-Korps. Gestern nachmittag besichtigte Fürst Alfred zu Windischgrätz die Ehrenlichkeiten des Deutschmeister-Schützenkorps im 8. Bezirk Schenborn-Palais. Er wurde von dem dortigen Hausaufseher Grill begleitet, welcher Se. Durchlaucht bat, seinen Namen in das Ehrenbuch einzutragen.